

# Landwirte nach Steuer-Razzia verunsichert

Verfahren kann sich über Monate, sogar Jahre ziehen. Auch andere Erzeugergemeinschaften im Visier?

**Am Niederrhein.** Nach der Razzia bei 72 Schweinebauern ist die Verunsicherung bei Landwirten groß. Die Betroffenen und ihre Steuerberater wollen sich heute in einer Gemeinde am Niederrhein treffen. Zugleich gibt es Befürchtungen, dass Erzeugergemeinschaften auch aus anderen Zweigen der Landwirtschaft ins Visier des Fiskus geraten könnten.

Bei dem Verfahren geht es – nach derzeitigem Stand – um „bandenmäßigen Steuerbetrug“ und mögliche Schäden für den Fiskus in Höhe von drei Mio Euro. Staatsanwälte und Steuerfahnder hatten Büros und Wohnungen der Geschäftsführer der Erzeugergemeinschaft Schweine-

nevermarktung Rheinland durchsucht, die die Vermarktung von Ferkeln und Schweinen bündelt. Besuch bekamen aber auch eben jene 72 Landwirte, u. a. aus den Kreisen Kleve, Wesel, Viersen, Neuss.

Die Ermittler haben offenbar den Verdacht, dass der Zwischenverkauf von Ferkeln an die 550 Mitglieder starke Erzeugergemeinschaft nur eine Art Scheingeschäft ist. Dass sie – selbst wenn sie Abwicklung und Transport übernimmt – nur zwischengeschaltet ist, um von Finanzämtern 3,7% Vorsteuerrückzahlung zu kassieren. Würden Ferkel-



Ein Ferkel.

FOTO: INGO WAGNER

erzeuger und Mäster den Handel direkt unter sich abwickeln, wären beidseitig 10,7% Mehrwertsteuer fällig. Die Erzeugergemeinschaft indes kauft die Ferkel zwar zu einem Satz von 10,7% beim Erzeuger, beim Weiterverkauf an den Mäster werden aber nur 7% Mehrwertsteuer fällig. Die 3,7% Differenz erstattet der Fiskus. Bei einem „Normalpreis“ von 60 Euro je Ferkel kommt da über die Jahre eine beträchtliche Summe zusammen.

Ähnliche Razzien hatte es zuletzt auch in Westfalen und Baden-Württemberg gegeben. Auf Seiten der

Landwirte wird vermutet, dass es auf Behördenseite darum geht, über viele Jahre akzeptierte Steuervorteile beim „innerlandwirtschaftlichen Warenverkehr“ infrage zu stellen.

Ein Insider berichtet, dass Betriebsprüfungen bei der Schweinevermarktung Rheinland die Praxis in der Vergangenheit nicht infrage gestellt hätten. Eine Klärung des Verfahrens kann sich über Monate, sogar Jahre ziehen: „Solange herrscht Rechtsunsicherheit.“ Für die betroffenen Landwirte – viele sind wirtschaftlich ohnehin angeschlagen – könnten sich Rückforderungen ergeben, die rasch eine fünfstellige Eurohöhe erreichen.

dum